

Meldung vom 2007-01-16 17:36

DEU/Umwelt/Energie/SPD

dsabrn Aussicht auf Förderung für Öko-Heizung

Utl: SPD rechnet fest mit Einigung auf Wärmegesetz noch in diesem Halbjahr =

Berlin (AP) Hausbesitzer können nach Darstellung der SPD bald mit einer besseren Förderung bei der Umstellung ihrer Heizung auf erneuerbare Energien rechnen. Er erwarte eine Einigung der Koalition auf ein Wärmegesetz, sagte SPD-Fraktionsvizechef Ulrich Kelber am Dienstag der Nachrichtenagentur AP. «Es wird ein Wärmegesetz geben.» Es gebe entsprechende Signale aus der Union. Die Beratungen könnten womöglich bis zur Jahresmitte abgeschlossen werden, sagte Kelber.

Ziel der Koalition ist nach seinen Worten eine drastische Verringerung des Öl- und Gasbedarfs zum Heizen. Würde das Wärmegesetz realisiert und gleichzeitig die Gebäudesanierung und die Kraft-Wärmekopplung gefördert, könne man diesen Bedarf bis 2020 auf die Hälfte reduzieren, sagte der Energieexperte. Möglich sei ein Investitionsvolumen von 40 bis 70 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren und die Schaffung von 50.000 Arbeitsplätzen. Union und SPD hatten sich bereits in ihrem Koalitionsvertrag auf ein solches Wärmegesetz zur Förderung von Heizungen geeinigt, die zum Beispiel Erdwärme, Sonnenenergie oder auch Holzpellets nutzen.

Ende vergangenen Jahres hatte Umweltminister Sigmar Gabriel das Projekt wegen Widerstands in der Union zu den Akten gelegt. Nun laufen Kelber zufolge aber wieder Gespräche mit der Union. Über die Art und den Umfang der Förderung sei man sich aber noch nicht einig, räumte Kelber ein. Die SPD setze auf ein Fördermodell ähnlich dem Erneuerbare-Energien-Gesetz für Strom. Demnach soll es aus einem Fonds Zuschüsse für die Heizungsbesitzer geben. Diese sollen laut Kelber an den Ölpreis gekoppelt sein: Steigt der Ölpreis, sinkt der Zuschuss und umgekehrt, denn je höher der Ölpreis desto wirtschaftlicher die alternative Heizung. Außerdem sollen die Zuschüsse mit der Zeit sinken.

Die SPD möchte zur Finanzierung die 214 Millionen Euro aus dem Marktanzreizprogramm heranziehen, das bisher zur Förderung von Ökoheizungen zur Verfügung steht. Falls das Geld nicht ausreicht, soll als «Notventil» eine Umlage auf Heizöl und Gas zum Tragen kommen, wie Kelber sagte. Im ungünstigsten Fall - starke Nachfrage nach Fördermitteln bei gleichzeitig stagnierendem Ölpreis - würde sie 0,3 Cent je Kilowattstunde Heizwärme betragen.

Er räumte ein, dass die SPD dieses Konzept vermutlich nicht in Reinkultur bei der Union durchsetzen könne. Wichtig sei den Sozialdemokraten vor allem, dass eine kontinuierliche Förderung das ganze Jahr über möglich sei, damit die Hersteller ihre Kapazitäten sinnvoll ausbauen könnten. Im vergangenen Jahr war das Geld aus dem Marktanzreizprogramm bereits zur Jahresmitte ausgeschöpft gewesen und weitere Förderanträge konnten nicht mehr berücksichtigt werden.

<http://www.spd-fraktion.de/>

Ende##

AP/tt/hm/

161736 jan 07